

Sitzungsvorlage
Antrag

Nr.: 2013/613

Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 26.11.2013: "Resolution des Kreistages Lüchow-Dannenberg zur Flüchtlingspolitik"

Kreisausschuss	09.12.2013	TOP
Kreistag	17.12.2013	TOP
Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit, Sport, Senioren und Migration	11.02.2014	TOP 4

Eingang per E-Mail am 26.11.2013:

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Kreistag Lüchow-Dannenberg

Für die Kreistagssitzung am 17.12. und für die Vorberatung im KA stellen wir folgenden Resolutionstext zur Abstimmung:

Resolution zur Flüchtlingspolitik:

Der Kreistag ist bestürzt über die Situation vieler Flüchtlinge weltweit, an den Außengrenzen der Europäischen Union und auch über die Diskriminierung, der viele Flüchtlinge im Alltag in der Bundesrepublik ausgesetzt sind.

Wir sprechen uns für einen Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik aus und bekennen uns zu der Verantwortung, die wir als politisch aktiver Landkreis für Flüchtlinge mit und ohne Aufenthaltsstatus haben.

Wir bekennen uns zu unserer humanitären Verantwortung und erklären unsere Bereitschaft, im aus humanitären Gründen gebotenen Umfang über bisherige Kontingente hinaus gehend Flüchtlinge aufzunehmen.

Wir fordern Land und Bund sowie alle anderen Kommunen in Niedersachsen auf, gemeinsam ihren humanitären Verpflichtungen stärker als bisher gerecht zu werden.

Die Auswahl der aufzunehmenden Flüchtlinge muss sich in erster Linie nach dem Schutzbedürfnis der Betroffenen richten und nicht nach abstrakten Kontingenzahlen oder Aufnahmeinteressen des Staates wie z.B. Bildungsgrad oder Einkommenssituation.

Der Landkreis fordert Landes- und Bundesregierung auf, mehr Finanzmittel für Integrationsarbeit bereit zu stellen, damit die Situation der Flüchtlinge spürbar verbessert werden kann.

Der erschwerte Zugang für Flüchtlinge ohne Aufenthaltsstatus zum Arbeitsmarkt ist ein großes Integrationshemmnis. Wir fordern das Arbeitsverbot für diese Flüchtlinge aufzuheben und eine gezielte Unterstützung bei der Arbeitssuche in unserem Landkreis.

Wir fordern die Ausländerbehörde auf, Familiennachzug vermehrt zu ermöglichen und dabei humanitäre Gründe stärker zu berücksichtigen.

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg schließt sich der "Save me" Kampagne zur Verbesserung der Rechte für aufgenommene Flüchtlinge an, der sich u.a. bereits der Kreis Nordfriesland und die Stadt Kiel sowie die Stadt Flensburg angeschlossen haben.
Es ist unser Ziel, Flüchtlinge beim Weg in unsere Gesellschaft besser zu begleiten.
Bei uns haben Rassismus und Ressentiments gegen Flüchtlinge keinen Platz.

Begründung: Erfolgt mündlich

Eingebracht von
Fraktion B'90/DIE GRÜNEN im Kreistag
Martina Lammers und Elke Mundhenk

Volksmudschahedin
Bernard Fathmann
fathmann@t-online.de
05861-2049
KA-Sitzung am 09.12.2013

Ich beantrage, die „Resolution des Kreistages zur Flüchtlingspolitik“ um folgenden Zusatz zu erweitern:

Irakische Militärs überfielen zum wiederholten Male die Lager von Exiliranern. Nach dem Camp Liberty war diesmal das Lager Ashraf das Ziel, über 50 Insassen wurden mit Kopfschüssen hingerichtet oder mit Maschinengewehren niedergemäht. Beide Lager stehen unter dem Schutz der UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR. Wir fordern die Landesregierung auf, das blutige Massaker der irakischen Al-Maliki-Truppen auf Schärfste zu verurteilen.

In den Camps warten 3000 Volksmudschahedin seit mehr als einem Jahr darauf, Asyl im Westen zu erhalten. 300 von ihnen haben eine Asylberechtigung in Deutschland, doch sie warten bisher vergebens darauf, ausgeflogen zu werden.

Wir fordern die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass diese Asylberechtigten Iraner nach Deutschland geflogen werden.

Stellungnahme der Verwaltung: ./.

Anlagen: keine

Finanzielle Auswirkungen: keine
